

A2 Nachtfahrverbot für Mähroboter

Antragsteller*in: Richard Langer
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge

Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend Baden-Württemberg fordert ein landesweites Nachtfahrverbot von
- 2 Mährobotern zum Schutz von Igel und weiteren Kleintieren.

Begründung

Der Betrieb von Mährobotern kann zu einer Gefahr für die heimische Tierwelt werden. Besonders betroffen sind Igel: Als nachtaktive Tiere sind sie in den Stunden unterwegs, in denen Mähroboter oftmals eingesetzt werden. Bei Gefahr rollen sich Igel instinktiv ein, statt zu fliehen – und sind damit den scharfen Klingen schutzlos ausgeliefert. Dies führt jedes Jahr zu schweren Verletzungen und zum Tod vieler Tiere.

2024 wurde der Igel als Wildtier des Jahres ernannt, dies hat aber einen traurigen Grund: der Igel gilt laut der IUCN (International Union for Conservation of Nature) als gefährdete Art und befindet sich auf der Roten Liste der gefährdeten Tierarten.

Damit ist klar: Auch in Deutschland brauchen diese Tiere besseren Schutz.

Auch als Grüne Jugend haben wir hierzu einen besonderen Bezug. Mit den ehemaligen Igel-Maskottchen Agri und Öki sollte uns der Schutz von Igeln nochmals besonders wichtig sein.

Dieser Antrag ist inspiriert von einem V-Antrag auf dem Bundeskongress, der aus Zeitgründen dort nicht behandelt werden konnte. Der KV Tübingen hat am 15.10.2025 einstimmig beschlossen, sich für ein bundesweites Verbot einzusetzen. Da es hier um die Positionierung der Landesebene der Grünen Jugend geht, fordern wir an dieser Stelle ein landesweites Verbot als realistischen Zwischenschritt.

Unterstützer*innen

Colin Christ, Valerie Fischer, Finn Schwarz, Ninoska Wassner, Marin Pavicic-Le Déroff, Manoah Kunze, Antonia Kind, Hendrik Jansen, David Marx-Stölting, Anna Jasmin Auert, Julia Sattler, Jakob Feldner, Viona-Loreen Merkle, Tim Bühler, Hannes Wagner

A3 MENSCHENRECHT GESUNDHEIT - FÜR EINE GENDERINKLUSIVE GESUNDHEITSVERSORGUNG

Antragsteller*in: FINTA*-Rat
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge

Antragstext

Gesundheit ist ein Menschenrecht – doch besonders FINTA-Personen (Frauen, inter, nicht-binäre, trans und agender Menschen) erleben im medizinischen System tagtäglich strukturelle und individuelle Ausschlüsse.

Die Grüne Jugend Baden-Württemberg setzt sich mit diesem Antrag für eine gerechte und inklusive Gesundheitsversorgung ein. Gesundheit darf nicht länger davon abhängen, welchem Geschlecht man zugeordnet wird, welchen Körper man hat, wo man lebt oder welchen Status man besitzt!

1. Genderinklusive Gesundheitsversorgung

Gesundheit und Gesundheitsversorgung sind Grundrechte. Doch noch immer ist der Zugang zu medizinischer Versorgung in Deutschland von Faktoren wie Gender, Herkunft, Einkommen, Aufenthaltsstatus oder Versicherungsstatus abhängig. Besonders betroffen sind FINTA-Personen (Frauen, inter, nicht-binäre, trans und agender Menschen), Menschen mit Rassismuserfahrungen, Menschen mit Behinderung und solche mit prekärem Aufenthaltsstatus.

Zum Beispiel geben 35-41% der befragten TIN* Personen an, in den letzten 12 Monaten im sozialen oder gesundheitlichen Bereich diskriminiert worden zu sein. Weitere Diskriminierung von TIN*-Personen zeigt sich bei der Binarität in Datenerhebung, Krankenakten und Formularen, fehlende queersensible Angebote außerhalb großer Städte, Misgendering, Verweigerung notwendiger Behandlungen und Gewalt gegen inter Kinder. Migrantisierte Personen, insbesondere mit eingeschränkten Deutschkenntnissen oder aus bestimmten Herkunftsregionen, nutzen seltener psychotherapeutische oder präventive Gesundheitsangebote - ein Hinweis auf strukturelle Barrieren.

Deshalb fordern wir:

Versorgung neu aufstellen, durch flächendeckende queer- und transsensible

Anlaufstellen – auch in ländlichen Regionen , Community Clinics mit Peer-Beratung ergänzend zu hausärztliche Strukturen, genderneutrale Dokumentation: frei wählbare Geschlechtsmarker und Pronomen am Beispiel Casa Kuà – Berlin, Trans Health Clinics

Zugang zu Gender Affirming Care für nicht-binäre Personen.

Beratungsangebote für TIN* ausbauen, Kostenübernahme für geschlechtsangleichende Behandlungen als Regelleistung und Regelanspruch für Trans*-Personen auf Erbgutkonservierung.

Eine elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete.

Öffentliche Informationen bereitstellen & Barrieren abbauen, indem Dolmetschdienste in Praxen als Regelangebot verfügbar sind, Digitale Tools, die queersensible, mehrsprachige und niederschwellige Information und Formulare bereitstellen. Insbesondere Informationen zu Hormonkliniken und -ärzt*innen, beispielsweise über Aufklärungskampagnen oder eine speziell dafür eingerichtete Website, sowie den bedarfsgerechten Ausbau der Angebote vorantreiben.

Verbindliche Qualifizierung: Pflichtschulungen für medizinisches Personal in queerer/trans/inter Gesundheitsversorgung, Rassismuskritik und trauma-sensibler Pflege.

Empowerment und Peer-Angebote: Community-basierte Gesundheitsbildung, Finanzierung und institutionelle Unterstützung für Selbstvertretungsstrukturen und Peer-Beratung.

Mehr Kompetenzen und Mittel für Kommunen für die kommunale Gesundheitsplanung nach kanadischem Vorbild.

Finanzierung durch ein **solidarisch getragenes, nicht-profitorientiertes Gesundheitssystem.**

2. Forschung zu FINTA*-Gesundheit fördern

Ein großer Teil unserer aktuell genutzten Medikamente basiert auf Studienergebnisse, die in der Vergangenheit an Personen biologisch männlichen Geschlechts erprobt wurden. Es gilt die "Männliche Norm". Frauenkörper werden somit teilweise auch bis heute, mit der Begründung, zu komplex und unkonstant zu sein, von Studien ausgeschlossen.

Das Ausschließen weiblicher Körper in der Forschung, verhindert somit eine

adäquate Behandlung abseits biologisch männlicher Körper. Die Unterschiede der Körper verschiedener Geschlechter sind sogar in den Zellen zu finden. So verhalten sich die Körper beispielsweise bei der Übertragung von Schmerzsignalen, der Verstoffwechslung bestimmter Medikamente oder auch den Ausformungen von Erkrankungen unterschiedlich.

Die Leitsymptome verschiedener Erkrankungen werden vor allem für den männlichen Durchschnittskörper gelehrt und vermittelt. Beispiel: Bei einem Koronarinfarkt - klassisch Herzinfarkt - gilt als gelehrtes Hauptsymptom Schmerzen in der Brust mit Ausstrahlungen im linken Arm. Frauen leiden jedoch sehr häufig bei einem Koronarinfarkt an unspezifischen Symptomen wie Übelkeit und Rücken- & Oberbauchschmerzen, welche die zeitnahe Feststellung verzögern, oder dazu führen, dass die Ernsthaftigkeit hinter den Symptome gar nicht erkannt wird. Das Ganze kann tödliche Folgen für die Frauen haben.

Der weibliche Zyklus und dessen Hormonschwankung in den unterschiedlichen 4 Zyklusphasen beeinflussen den biologisch weiblichen Körper ungemein. Es konnte herausgefunden werden, dass der Zyklus bei dem Wirkungsmechanismus von Medikamenten beispielsweise gegen Psychosen, bei Antihistaminika oder Herzmedikation abhängig vom Zyklus der Frau ist.

Menschen mit Rassismuserfahrungen – insbesondere BIPOC (Black, Indigenous and People of Colour) – sehen sich im Kontakt mit dem Gesundheitssystem weiterhin mit strukturellem und individuellem Rassismus konfrontiert. Ein gravierendes Beispiel ist der Mangel an medizinischer Expertise im Umgang mit unterschiedlichen Hauttönen („Skin of Colour“). Dieser Wissensmangel kann dazu führen, dass Krankheiten wie Hautausschläge, Neurodermitis oder auch Borreliose auf dunkler Haut zu spät, falsch oder gar nicht diagnostiziert werden.

Deshalb fordern wir:

Reform medizinischer Ausbildung: Curriculum-Reform in Medizin, Pflege, Psychotherapie – Diversität muss Teil der Ausbildung sein. Beteiligung von FINTA- und BIPOC-Expert*innen an Lehrplänen, Fachgremien und Forschung. Die Landesregierung wird aufgefordert, medizinisches Personal verbindlich im Erkennen und Behandeln von Symptomen auf verschiedenen Hauttönen zu schulen.

Die geschlechtergerechte, vielfältige und diskriminierungssensible **Überarbeitung von medizinischen Lehr- und Schulbüchern an Hochschulen und Ausbildungsstätten** im Land. Die bisherige Abwesenheit oder verzerrte Darstellung von FINTA-Körpern – selbst in Fächern wie der Gynäkologie – trägt zur strukturellen Unsichtbarkeit und falschen medizinischen Versorgung bei.

Den Ausbau von Endometriose Zentren in Baden-Württemberg

Die Landesregierung wird aufgefordert, gezielt Forschung zur gesundheitlichen Situation von trans Personen und BIPOC zu fördern. Der eklatante Mangel an Daten und Studien zu ihren spezifischen Bedarfen führt zu systematischen Versorgungslücken und diskriminierenden Behandlungspraxen.

3. Reproduktive Gerechtigkeit ermöglichen – Selbstbestimmung garantieren

Reproduktive Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht – und es darf nicht weiter von Wohnort, Herkunft, ökonomischem Status, Geschlechtseintrag oder körperlichen Voraussetzungen abhängen. In Baden-Württemberg ist der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und reproduktionsmedizinischen Maßnahmen jedoch vielerorts unsicher, diskriminierend oder gar unmöglich. Gemeinsam mit Prof. Dr. Liane Wörner, Professorin für Strafrecht, Strafprozessrecht, Strafrechtsvergleichung, Medizinstrafrecht und Rechtstheorie an der Universität Konstanz und Mitglied der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission für reproduktive Rechte, haben wir auf Basis eines intensiven Austauschs Handlungsfelder identifiziert, in denen das Land handeln muss.

Prof. Wörner begleitet die bundespolitische Reform des §218 StGB aus juristischer, menschenrechtlicher und feministischer Perspektive. In unserem Gespräch hat sie deutlich gemacht: Die derzeitige Gesetzeslage verstärkt strukturelle Ungleichheit, kriminalisiert medizinische Versorgung und behindert eine selbstbestimmte Familienplanung. Ihr Engagement für reproduktive Gerechtigkeit – von gerichtlichen Klagen bis zur rechtspolitischen Beratung – war wegweisend für die Entwicklung dieses Antrags.

Deshalb fordern wir:

§ 218 StGB abschaffen – bis dahin: Spielräume nutzen!

Wir schließen uns der Empfehlung der Kommission an: Schwangerschaftsabbrüche gehören entkriminalisiert. Der § 218 StGB ist ein Relikt, das die körperliche Autonomie von FINTA* in Frage stellt. Bis zur Abschaffung fordern wir: Das Land muss alle rechtlichen und finanziellen Spielräume nutzen, um den Zugang zu gewährleisten und zu erleichtern.

Flächendeckende, kostenfreie und diskriminierungsfreie Versorgung mit Verhütungsmitteln und Schwangerschaftsabbrüchen.

Wir fordern eine landesweite Versorgung mit Verhütungsmitteln – kostenlos und barrierearm, insbesondere für junge Menschen, Menschen mit Behinderung, prekär Lebende sowie trans*, inter* und nicht-binäre Personen. Schwangerschaftsabbrüche müssen überall im Land medizinisch sicher, diskriminierungsfrei und kostenlos verfügbar sein.

Bessere Versorgung der durchführenden Ärzt*innen. Für die Durchführung sicherer

Schwangerschaftsabbrüche sind Medikamente wie Mifepriston und Misoprostol sowie Geräte wie Absauggeräte, Kuretten und Ultraschalltechnik erforderlich. Diese Mittel sind jedoch oft schwer erhältlich und müssen über spezialisierte Bezugsstellen beschafft werden. Viele Ärzt*innen tragen die Kosten für diese Ausstattung selbst, was die Versorgung erschwert. Wir fordern ein landesweites Förderprogramm, das die Beschaffung und Ausstattung von Praxen und Kliniken unterstützt, die Versorgung in ländlichen Regionen verbessert und das Medizinpersonal in reproduktiver Medizin sowie queersensibler Versorgung fort- und weiterbildet.

Verpflichtung öffentlicher Kliniken zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen Immer mehr kommunale Träger schließen Abtreibungen aus – teils als Bedingung für Klinikfusionen. Diese strukturelle Verweigerungshaltung darf es nicht geben. Wir fordern: Öffentliche Kliniken müssen zur Durchführung verpflichtet werden. Dazu braucht es landesrechtliche Vorgaben und Förderbedingungen, die Versorgung sichern statt verhindern.

Barrierefreie reproduktionsmedizinische Versorgung für alle Geschlechter Trans*, inter*, agender und nicht-binäre Personen haben aktuell faktisch kaum Zugang zu reproduktionsmedizinischen Leistungen. Das widerspricht dem Selbstbestimmungsgesetz und internationalen Menschenrechten. Wir fordern: Ein inklusives Versorgungssystem, das niemanden ausschließt – unabhängig vom rechtlichen Geschlecht.

Sprachmittlung und Beratung für alle – unabhängig von Herkunft, Status oder Sprache Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte werden oft von Beratung ausgeschlossen – etwa weil keine Dolmetschung zur Verfügung steht. Wir fordern ein Landesförderprogramm für Sprachmittlung in Beratungsstellen sowie verpflichtende Schulungen zu intersektionaler, queersensibler und rassismuskritischer Beratungspraxis.

Frühzeitige Aufklärung und Beratung – auch in Schulen und Kitas Reproduktive Gerechtigkeit beginnt mit Wissen. Deshalb fordern wir die stärkere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Beratungsstellen, inklusive sexualpädagogischer Angebote und gendergerechter Sprache bereits in der Kita. Paarberatung und Sexualberatung müssen neu aufgestellt und ausfinanziert werden.

4. Rechtsmedizinische Versorgung stärken

FINTA*-Personen (Frauen, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen) sind überdurchschnittlich häufig von geschlechtsspezifischer, sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffen. Dennoch bestehen in Baden-Württemberg, wie auch bundesweit, erhebliche Versorgungslücken in der rechtsmedizinischen Betreuung.

Insbesondere mangelt es an diskriminierungssensibler, umgangssensibler gegenüber traumaerfahrungen und niedrigschwelliger rechtsmedizinischer Versorgung. In vielen Regionen, insbesondere im ländlichen Raum, fehlen spezialisierte Gewaltschutzambulanzen oder vergleichbare rechtsmedizinische Angebote vollständig. Wo es sie gibt, sind sie häufig an die Bedingung einer polizeilichen Anzeige geknüpft, was viele Betroffene abschreckt.

Hinzu kommen strukturelle Ausschlüsse: Viele medizinische Einrichtungen sind cis-normativ organisiert, Anamnesebögen und Behandlungspraxen schließen trans, inter- und nicht-binäre Personen aus. Rassismus, Klassismus, sprachliche Barrieren und fehlende Barrierefreiheit verstärken diese Ausschlüsse zusätzlich. Menschen ohne Krankenversicherung, mit Flucht- oder Migrationsgeschichte oder mit Behinderung erfahren dadurch eine faktische Verweigerung rechtsmedizinischer Hilfe.

Zudem fehlt es an Schutzräumen und einer angemessenen psychosozialen Nachsorge. Das Vertrauen in staatliche Institutionen ist bei vielen FINTA*-Personen erschüttert, insbesondere wenn sie mehrfach marginalisiert sind. Alleine die zu oft gestellte Frage nach dem äußeren Erscheinungsbild nach sexuellen Übergriffen verdeutlicht das institutionelle Misstrauen der Justiz und Polizei gegenüber FINTA* Personen. Nicht zuletzt ist die Datenlage alarmierend: Es gibt kaum differenzierte Erhebungen zur Inanspruchnahme rechtsmedizinischer Angebote durch FINTA*-Personen. Ihre spezifischen Bedarfe werden nicht ausreichend berücksichtigt.

Wir als Grüne Jugend Baden-Württemberg setzen uns für eine diskriminierungssensible, flächendeckende und rechtlich abgesicherte rechtsmedizinische Versorgung ein, die die Realitäten und Bedarfe von FINTA*-Personen endlich ernst nimmt. Eine bedarfsorientierte Versorgung darf nicht davon abhängig sein, ob eine Anzeige erstattet wird. Sie muss barrierefrei, anonym, niedrigschwellig und intersektional gedacht werden, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltsstatus, Wohnort oder Versicherungssituation.

Deshalb fordern wir:

Den Ausbau von Gewaltschutzambulanzen und rechtsmedizinischen Versorgungseinheiten mit spezifischer FINTA*-Kompetenz in ganz Baden-Württemberg, insbesondere auch in ländlichen Regionen.

Die gesetzliche Verankerung und landesweite Umsetzung **anonymer Spurensicherung unabhängig von einer Strafanzeige sicherstellen.**

Eine klare **Zuständigkeit für die Finanzierung** durch das Land definieren und die Übernahme der Kosten für rechtsmedizinische Untersuchungen verbindlich regeln.

- 206 **Mehrsprachige, barrierefreie und niedrigschwellige Informationsmaterialien zu**
207 **rechtsmedizinischen Angeboten bereitstellen – insbesondere auch in digitaler**
208 **Form.**
- 209 **In Zusammenarbeit mit queeren, feministischen und migrantischen Beratungsstellen**
210 **entsprechende Programme für Fachkräfte zu entwickeln und regelmäßig evaluieren.**
- 211 **Eine verpflichtende, geschlechtersensible Datenerhebung zur Nutzung**
212 **rechtsmedizinischer Versorgung durch FINTA*-Personen in Baden-Württemberg**
213 **initiieren.**
- 214 **Forschungsprojekte zu Barrieren, Bedarfen und Erfahrungen marginalisierter**
215 **Gruppen in der rechtsmedizinischen Versorgung gezielt fördern.**

Begründung

beschlossen auf dem FINTA*-Rat am 28.6.2025 in Stuttgart
Begründung erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Charlotte Stocker, Theresa Fidušek, Flora Wagner

A4 Weil es uns alle betrifft: Keine Gasförderungen vor Borkum!

Antragsteller*in: Wendelin Cohnen
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge

Antragstext

Die Rufe nach deutschen Erdgasförderungen werden immer lauter. In Bayern wird wieder angefangen, nach Gas zu bohren und vor Borkum gibt es bereits erste Probebohrungen durch den niederländischen Konzern ONE-Dyas. Dabei bleibt jedoch klar: Jede neu begonnene Förderung von Fossilen Energien ist ein Verrat an den Klimazielen, der Jugend und jungen Generationen und an allen Menschen, die schon jetzt unter der Klimakrise leiden.

Erdgas ist keine Brückentechnologie, sondern ein Brandbeschleuniger [1]. Neue Bohrungen erschaffen jahrzehntelange Abhängigkeiten, während wir längst alles dafür tun müssten, das fossile Zeitalter zu beenden. Wer neue Gasfelder erschließt, zementiert die Klimakrise und nimmt sehenden Auges in Kauf, dass Deutschland seine bereits jetzt unambitionierten Klimaziele nicht einhält.

Die allseits betonte angebliche Energieunabhängigkeit ist eine Erzählung der Gaslobby, hat aber nichts mit der Realität zu tun: Die Fördermengen aus Borkum könnten kaum den Energiebedarf decken und würden neben der Klimazerstörung massive Nachteile für die Menschen an der Nordsee und die Ökosysteme im Wattenmeer nach sich ziehen [2]. Angebliche Lösungen wie CCS können Gasförderprojekte zwar greenwashen, machen sie allerdings in keinsten Weise nachhaltiger. Dazu kommt, dass sie bis zum heutigen Tag noch nie im nötigen Maßstab umgesetzt und ihre Funktionsfähigkeit damit bewiesen wurden.

Die Gasbohrungen vor Borkum zerstören die Nordsee. Erdbeben, Beschädigungen des UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer, und die Zerstörung von Lebensräumen geschützter Arten sind ein ökologisches Desaster [2]. Doch auch für die Menschen wird es konkrete Nachteile geben: Wegfallender Tourismus, Unsicherheiten in der Süßwasserversorgung und die befürchtete Signalwirkung eines solchen Projekts, das entschieden gegen die Klimaziele wirkt.

Das Bundeswirtschaftsministerium erklärt, dass für die Förderungen ein Vertragsgesetz vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden muss [3]. Eine Nicht-Zustimmung des Bundesrates ist somit die beste Chance, die Gasförderungen im parlamentarischen Verfahren zu stoppen. Wer Klimaneutralität ernst meint,

muss hier Rückgrat zeigen.

Für uns ist klar: Wenn wir unsere Lebensgrundlage bewahren wollen, muss Baden-Württemberg im Bundesrat *Nein* zu neuen fossilen Projekten sagen. Unsere Solidarität gilt den Menschen auf Borkum, den Inseln und Küstenregionen, und den Opfern der Klimakrise, die ihre Heimat nicht aufgrund von Gier und den Profitinteressen fossiler Konzerne verlieren wollen.

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert die Landesregierung von Baden-Württemberg auf:

1. im Bundesrat gegen ein mögliches Vertragsgesetz zur Erdgasförderung vor Borkum zu stimmen,
2. dass sich die Koalition nicht einigt, auf eine Enthaltung des Landes zu bestehen, wie es der Koalitionsvertrag 2020 vorsieht,
3. öffentlich und unmissverständlich gegen neue Gasbohrungen Stellung zu beziehen,
4. auf Bundesebene dafür einzutreten, dass keine neuen fossilen Projekte mehr genehmigt werden - weder Öl, noch Kohle, noch Gas,
5. stattdessen den massiven Ausbau von erneuerbaren Energien, Speichertechnologien und Energieeinsparungen zu fördern.

Desweiteren fordert die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg und die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg auf, sich für diese Ziele einzustehen und notfalls Druck auf die Landesregierung auszuüben, um die Umsetzung unserer Forderungen zu ermöglichen.

Quellen:

[1] <https://www.deutschlandfunk.de/forscher-warnen-erdgas-ist-ein-klimaschaedling-genau-wie-100.html>

[2] <https://www.duh.de/informieren/energiewende/gasausstieg/gasbohrungen-vor-borkum/>

57 **[3]** [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/bundeskab-
inett-stimmt-zu-one-dyas-soll-vor-borkum-gas-foerdern-duerfen,gasfoerderung-
100.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/bundeskab-
58 inett-stimmt-zu-one-dyas-soll-vor-borkum-gas-foerdern-duerfen,gasfoerderung-
59 100.html)

Unterstützer*innen

Theresa Fidušek, Richard Langer, Raphael Thang Uddin, Matilda Antonia Ahrendt

A5 Ausbildung in BaWü -- Ein Aushängeschild noch besser machen!

Antragsteller*in: Fabian Braun
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge

Antragstext

Einleitung:

Die Ausbildung ist ein zentraler Pfeiler des gesellschaftlichen Aufstiegsversprechens in unserem Land. Wer eine Ausbildung beginnt, muss sich darauf verlassen können, dass sie zur sozialen Mobilität beiträgt – unabhängig von der finanziellen Unterstützung des Elternhauses.

Um die Ausbildung zu stärken und jungen Menschen eine zukunftsgerichtete Perspektive zu bieten, braucht es strukturelle Reformen und gezielte Investitionen.

Ziel unseres Antrags ist es, den Aktionsplan „Mehr Mut zur Jugend“ der GJBW durch konkrete, praxisnahe Ergänzungen zu stärken und weiterzuentwickeln.

Aus diesem Grund fordern wir Folgendes:

Wohnen/Azubiwerke:

Die Mietpreiskrise macht auch vor Auszubildenden nicht Halt. Besonders in urbanen Ballungsräumen verhindern hohe Mieten vielfach, dass Ausbildungen überhaupt erst begonnen werden können. Deshalb ist der Ausbau des Angebotes an Azubiwohnungen und ihre gezielte Förderung elementar.

Um Auszubildende zu organisieren und vor allem bei außerbetrieblichen Themen besser unterstützen zu können, fordern wir den strukturierten Aufbau von Azubiwerken in Baden-Württemberg:

Diese sollen sich, analog zu Studierendenwerken, um Belange wie den Ausbau von Azubi-Wohnheimen, Beratung zu staatlichen Förderungen, mentaler Gesundheit und allgemeinen Austausch und Freizeitangebote kümmern.

Die Einrichtung von Azubiwerken ermöglicht es auch kleineren Unternehmen und Betrieben, einfacher Wohnraum für ihre Auszubildenden zu schaffen.

Bereits bestehende Azubiwerke bzw. entsprechende Konzepte in Hamburg, München und Aachen verwirklichen den Ansatz teils schon seit 2016 und zeigen dessen Vorteile. Dies sollte Baden-Württemberg dazu ermutigen, eine Pionierrolle einzunehmen.

Insbesondere da anfängliche Investitionen nötig sind, fordern wir das Land Baden-Württemberg auf, sich beim Bund für eine entsprechende Ausweitung des Förderprogramms „Junges Wohnen“ einzusetzen und parallel die Einrichtung von Azubiwerken eigenständig zu fördern.

Außerdem soll eine strukturelle Verankerung von Azubiwerken durch die Einführung eines Auszubildendenwerksgesetzes geschehen.

Selbstbestimmtes Leben:

Vergütung:

Eine faire Ausbildung braucht faire Bedingungen. Deshalb fordern wir:

Das Land Baden-Württemberg soll sich für eine Bundesratsinitiative einsetzen, um die Mindestausbildungsvergütung deutlich auf 1.500 € Brutto zu erhöhen und diese künftig prozentual am Fachkräfteentgelt zu orientieren. Darüber hinaus ist gesetzlich sicherzustellen, dass für Auszubildende der jeweils gültige Branchentarifvertrag uneingeschränkt Anwendung findet.

Elternunabhängiges Bafög und BAB:

Das Bafög hat in seiner momentanen Gesetzgebung viele bürokratische Hürden.

Sei es von nötigen Unterlagen, die eingereicht werden müssen, bis zu langen Bearbeitungszeiten in den Verwaltungen.

Für weniger bürokratischen Aufwand beim Beantragungsprozess fordern wir als Grüne Jugend Baden-Württemberg von der Landesregierung, dass sie sich für ein elternunabhängiges Bafög einsetzt.

Im gleichen Zug sind auch die bürokratischen Hürden beim BAB (Berufsausbildungsbeihilfe) abzubauen, indem das BAB elternunabhängig umgestaltet wird.

Eine Ausbildung muss für alle finanziell auch ohne Nebenjob möglich sein. Ebenso muss die finanzielle Sicherheit bei steigender Inflation und Lebenshaltungskosten gewährleistet sein. Dies ist ein elementarer Bestandteil einer guten Ausbildung und trägt erheblich dazu bei, einen bestmöglichen Abschluss zu erzielen und so einen reibungslosen Einstieg ins Berufsleben sicherzustellen.

Schulische Berufsausbildungen:

Schulische Ausbildungen kosten in einigen Fällen noch Geld, daher fordern wir, insbesondere in Pflege-, Gesundheits- und Sozialberufen, die Etablierung strukturierter Kooperationen zwischen Fachschulen und Praxiseinrichtungen nach dem Vorbild dualer Studiengänge.

Dadurch soll nicht nur die Verbindung von Theorie und Praxis gestärkt, sondern auch die soziale Absicherung und Anerkennung der Auszubildenden verbessert werden.

Ziel ist es, faire Ausbildungsbedingungen, gleichwertige Perspektiven gegenüber dualen Ausbildungen und mehr Chancengleichheit im Zugang zu sozialen Berufen zu schaffen.

Ausbildungsqualität steigern:

Fond:

Um Ausbildung solidarisch zu finanzieren und nachhaltig zu sichern, fordern wir die Einführung eines Ausbildungssolidarfonds, wie bspw. in Bremen bereits umgesetzt.

Wir fordern, dass Unternehmen in Baden-Württemberg mit mehr als zehn Mitarbeitenden eine Umlage leisten, aus der ausbildende Betriebe eine Rückzahlung pro Auszubildenden erhalten.

Diese Mittel sollen gezielt in die Qualitätssteigerung der Ausbildung fließen und ebenso die Attraktivität der Betriebe als Ausbildungsorte erhöhen.

Berufsschulen:

Sanierung/Modernisierung der Berufsschulen:

Um dem Sanierungsstau der Berufsschulen entgegenzuwirken und somit den Kommunen unter die Arme zu greifen, fordern wir die weitergehende Bereitstellung von

Fördergeldern seitens des Landes für energetisch effiziente Sanierungsmaßnahmen, wie bereits im Jahr 2024 geschehen.

Auch sind nur mit gut ausgestatteten Berufsschulen eine angemessene Bildungsqualität und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmark gegeben. Entsprechend ist die Anschaffung von Arbeitsgeräten, die dem aktuellen Industriestandard entsprechen, ebenfalls zu fördern.

Somit reduzieren wir die Abhängigkeit von Förderungen durch betriebliche Kooperationspartner.

Digitalisierung:

Um die Digitalisierung konsequent auch an Berufsschulen umzusetzen, braucht es weitere Fördermittel, sowohl für den Ausbau digitaler Angebote als auch für die Qualifizierung von Lehrkräften, um diese digitalen Mittel auch zielgerichtet, sicher und sinnvoll in ihrem Unterricht einsetzen können.

Lehrkräfte:

Sodass der Lehrkräftebedarf an Berufsschulen weiterhin gedeckt bleiben kann, ist es unerlässlich einen Weg aus der beruflichen Praxis in die Berufsschule zu ermöglichen, gekoppelt an eine didaktische Ausbildung und kontinuierliche Weiterbildung der Quereinsteigenden.

Demokratiebildung in Berufsschulen:

Demokratiebildung muss in Berufsschulen einen lebensnahen und partizipativen Ansatz haben.

Wir fordern, dass Lehrkräfte darin qualifiziert werden, demokratiefeindliche Aussagen im Klassenraum zu identifizieren, zu entkräften und eine konstruktive Debattenkultur zu fördern, sowie für Diskriminierung und Diversität zu sensibilisieren.

Ebenso sollen parlamentarische und nicht parlamentarische Möglichkeiten der politischen Teilhabe mehr dargestellt werden, insbesondere gewerkschaftliche Organisation.

Die Zusammenarbeit mit Initiativen wie „Demokratie leben!“ (BMBFSFJ) oder Aktion Courage ist zu stärken, ebenso die Zusammenarbeit mit überparteilichen Institutionen wie dem Ring politischer Jugend.

115 Schulische Berufsausbildungen:

116 Duale und schulische Berufsausbildungen sollen ohne die Zuzahlung von Schul-,
117 Verwaltungs- oder Materialbeiträgen bewältigt werden können, außerdem muss das
118 Ausleihen und Nutzen von Materialien flächendeckend kostenlos werden.

119 Abschlussprüfungen:

120 Um eine faire und qualitativ hochwertige Prüfungsvorbereitung zu gewährleisten,
121 fordern wir, dass Ausbildungsverbände wie die IHK verpflichtet werden,
122 theoretische und praktische Altprüfungsaufgaben kostenlos, strukturiert und
123 öffentlich zugänglich bereitzustellen.

124 Auch fordern wir, die Betriebe zu verpflichten, ihren Auszubildenden während der
125 Arbeitszeit genügend Zeit zu geben, um sich auf die Abschlussprüfung
126 vorzubereiten. Die Erfassung dieser Zeit soll über geeignete
127 Nachweismöglichkeiten wie das Berichtsheft erfolgen.

128 Fehlzeitenregelung:

129 Bei Ausbildungen wird meistens die 10 % Fehlzeitenregelung genutzt, die vielfach
130 selbst zu einer erhöhten psychischen Belastung beiträgt.

131 Insbesondere bei Ausbildungen im sozialen Bereich bestehen nachweislich erhöhte
132 Krankheitsraten, weswegen es für Auszubildende in diesem Bereich eine hohe
133 Beanspruchung darstellt, diese Regelung einzuhalten.

134 Es müssen einfache, faire und flexible Lösungen geboten werden, um wichtige
135 Ausbildungsinhalte nachholen zu können. Für die Fehlzeitenregelung gibt es
136 momentan keine rechtliche Grundlage.

137 Wir sehen die Landesregierung in der Pflicht, eine Regelung bei diesem Thema zu
138 erarbeiten.

139 Antrag in einfacher Sprache:

140 Ausbildung in Baden-Württemberg besser machen!

141 Einleitung:

142 In Deutschland ist eine gute Ausbildung sehr wichtig.

143 Es ist wichtig, dass alle Menschen eine gute Ausbildung machen können, wenn sie
144 es möchten.

145 Das soll nicht abhängig sein, davon ob sie viel oder wenig Geld haben.

146 Wir wollen, dass junge Menschen eine gute Zukunft haben.

147 Dafür müssen wir die Ausbildung verbessern.

148 Wir haben dazu Vorschläge gemacht.

149 Wohnen für Auszubildende:

150 In vielen Städten sind die Mieten sehr hoch.

151 Das macht es schwer für Azubis, eine Wohnung zu finden.

152 Deshalb wollen wir mehr Wohnungen für Azubis bauen.

153 Und wir wollen dass, das Wohnen während einer Ausbildung mit Geld unterstützt
154 wird.

155 Es gibt schon Städte, die das machen.

156 Das soll auch in Baden-Württemberg passieren.

157 Wir wollen auch, dass das Land Baden-Württemberg mehr Geld für die aufgelisteten
158 Punkte gibt.

159 Selbstbestimmtes Leben:

160 Wir möchten, dass Azubis mindestens 1.500 Euro im Monat bekommen.

161 Und dass Auszubildende das Geld bekommen, was in ihrer Branche normal ist.

162 Auch wenn es mehr als 1.500 € ist.

163 Bafög und BAB:

164 Es gibt ein Geld, das heißt Bafög.

165 Das soll eigentlich Studentinnen und Studenten unterstützen. Die Beantragung ist
166 aber sehr kompliziert. Außerdem werden nicht alle unterstützt.

167 Wir wollen, dass alle die Unterstützung erhalten können. Es soll einfacher sein,
168 das Geld zu beantragen.

169 Es gibt ein Geld, das heißt BAB (Berufsausbildungs-Beihilfe).

170 Das ist für Azubis, die Beantragung ist auch kompliziert.

171 Wir wollen das man das auch bekommt, ohne das es von den Eltern abhängt.

172 Diese Gelder sollen helfen, dass man von dem Gehalt in einer Ausbildung leben
173 kann.

174 Das ist besonders wichtig, wenn alles teurer wird.

175 Schulische Berufsausbildungen:

176 Manche Ausbildungen kosten Geld. Das sind meistens sogenannte schulische
177 Ausbildungen.

178 Das finden wir nicht gut.

179 Wir wollen, dass diese Ausbildungen kostenlos sind.

180 Wir wollen auch, dass die Schulen und die Arbeitsplätze besser zusammenarbeiten.

181 Das soll helfen, dass man während einer Ausbildung bei der Arbeit lernt und in
182 der Schule lernt und auch dabei Geld bekommt.

183 Ausbildungsqualität steigern:

184 Wir wollen, dass Firmen Geld hergeben.

185 Dieses Geld soll dann benutzt werden, um Ausbildungen zu verbessern.

186 Das soll auch die Firmen besser machen.

187 Schulen:

188 Die Berufsschulen müssen repariert werden.

189 Sie sollen auch besser ausgestattet werden.

190 Das ist wichtig, damit alle die gleichen Chancen haben, egal auf welche Schule
191 sie gehen.

192 Wir wollen auch, dass die Schulen digital besser werden.

193 Die Lehrerinnen und Lehrer sollen lernen, wie sie Computer im Unterricht
194 benutzen können.

195 Das ist wichtig für eine gute Bildung.

196 Demokratie in Schulen:

197 Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler in der Schule mehr über Demokratie
198 lernen.

199 Lehrkräfte sollen lernen, wie sie über Demokratie sprechen können.

200 Die Schulen sollen mit Organisationen arbeiten, die sich für Demokratie
201 einsetzen.

202 Schulische Berufsausbildungen:

203 Die Schulen sollen kostenlos sein. Wenn Materialien während der Ausbildung
204 genutzt werden, sollen diese auch nichts kosten.

205 Prüfungen:

206 Wir wollen, dass alle Azubis gut auf ihre Prüfungen vorbereitet sind.

207 Es soll genügend Zeit für Vorbereitung geben.

208 Die Prüfungsaufgaben sollen kostenlos für alle sein.

209 Fehlen in der Ausbildung:

210 Manchmal können Azubis nicht zur Arbeit kommen.

211 Das kann zum Beispiel passieren, wenn sie krank sind.

212 Es soll einfache Möglichkeiten geben, den verpassten Unterricht nachzuholen.

Begründung

Die Ausbildung ist ein Markenzeichen Baden-Württembergs – sie verdient politische Priorität.

Mit unserem Antrag wollen wir sicherstellen, dass Ausbildung echte Aufstiegschancen bietet – unabhängig von Herkunft und Einkommen.

Azubiwerke sollen Auszubildenden Wohnraum, Beratung und Teilhabe ermöglichen.

Ein Ausbildungssolidarfonds stärkt die Qualität und macht Betriebe zukunftsfähig.

Elternunabhängige Förderungen wie BAföG und BAB schaffen Chancengleichheit.

Gut ausgestattete Berufsschulen und moderne Lernbedingungen sichern Bildungsqualität.

Digitalisierung und Demokratiebildung müssen auch in der beruflichen Bildung selbstverständlich werden.

Faire Vergütungen und verlässliche Prüfungsbedingungen sind Grundpfeiler guter Ausbildung.

Unser Antrag bündelt konkrete Maßnahmen für gerechte, nachhaltige Ausbildungsbedingungen.

Wir schaffen somit weitere Zukunftsperspektiven für junge Menschen.

Weiteres erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Benjamin Böge (KV Mannheim), Flora Wagner, Thomas Zhou, Daniel Halfmann (KV Freiburg), Hosea Ndaula, Finn Schwarz, Patrick Weiß, Raphael Thang Uddin

A6 Eine unabhängige Ermittlungsstelle für Polizeidelikte – Institutionalisierten Rassismus bekämpfen

Antragsteller*in: Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen)
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

Eine handlungsfähige unabhängige Polizei-Beschwerdestelle

In Baden-Württemberg gibt es seit 2016 die Stelle der Bürger*innenbeauftragten mit einer Zuständigkeit der Polizei. Diese soll primär eine Mediation zwischen Verwaltung und Bürger*innen ermöglichen. Es können also auch Beschwerden über Diskriminierung durch die Polizei eingereicht werden, jedoch dient eine Beschwerde bei der/dem Bürger*innenbeauftragten nicht, um diese Fälle effektiv zu verfolgen und aufzuarbeiten. Ein Recht auf Akteneinsicht und Ermittlungskompetenzen besteht bisher nicht. So darf die Beschwerdestelle in Baden-Württemberg nicht tätig werden, wenn Polizei und Staatsanwaltschaft bereits ermitteln und auch laufende Untersuchungen müssen vorläufig beendet werden, sobald ein Straf- oder Disziplinarverfahren angestoßen wird. Dieser Zustand verhindert die Aufklärung struktureller Missstände und muss dringend reformiert werden.

Wir fordern eine handlungsfähige polizeiexterne Ermittlungsinstitution mit uneingeschränkter Akteneinsicht sowie weitreichenden Ermittlungskompetenzen, um Fälle von Diskriminierung endlich effektiv aufklären zu können. Eine mögliche Form könnten Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit der Spezialisierung auf Polizeidelikte sein. Der Auftrag einer Polizei-Beschwerdestelle muss sein, strafrechtliche Ermittlungen bei dem Verdacht auf Misshandlungen oder Todesfällen in Zusammenhang mit polizeilichen Maßnahmen durchzuführen, das bisherige Prinzip der bloßen Mediation reicht bei weitem nicht aus.

Diskriminierende Strukturen bekämpfen

Institutionalisierte Diskriminierung in der, sowie durch die Polizei ist Realität. Sie findet statt, wenn diskriminierende Differenzierung für einzelne Polizist*innen handlungsleitend wird, unabhängig von der Intention oder der persönlichen Einstellung. Beispiele hierfür sind unabhängige Personenkontrolle, die aufgrund von ethnisch-kulturellen Zuschreibungen durchgeführt werden.

Menschen mit Migrationsgeschichte werden dabei überdurchschnittlich häufig kontrolliert, weil sie „aus polizeilicher Erfahrung“ eher als kriminell verdächtig werden oder pauschal als Teil eines „typischen Clanimilieus“ beschrieben werden. Diese Praxis muss konsequent bekämpft werden. Eine Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen auch außerhalb von Großveranstaltungen ist hierfür essenziell. Polizist*innen müssen jederzeit identifizierbar sein, um Diskriminierung und Gewalterfahrungen melden und zur Anzeige bringen zu können.

Armutskriminalität wird von der Polizei häufiger erfasst als Formen der Kriminalität durch höhere Schichten und Klassen. Zusätzlich wenden sich Menschen mit geringer Beschwerdemacht, wie beispielsweise Obdachlose oder Menschen mit Kommunikationsschwierigkeiten nur selten an die Beschwerdestellen. Bildung, Klassenzugehörigkeit und ökonomische Ressourcen haben einen erheblichen Einfluss auf eine Einleitung oder eben keine Einleitung eines Beschwerdeverfahrens. Deshalb braucht es eine niedrighschwellige Öffentlichkeitsarbeit einer Polizei-Beschwerdestelle in Baden-Württemberg, die gezielt auch Menschen mit geringer Entscheidungsmacht erreicht. Ihre Hürden müssen stets mitgedacht und der Zugang zu Beschwerdestellen so einfach wie möglich gestaltet werden.

Innerhalb der Polizei müssen antirassistische Strukturen etabliert werden, dazu gehören verpflichtende Fortbildungsmaßnahmen, die zur Aufklärung und dem Abbau diskriminierender Strukturen führen. Diskriminierendes Verhalten muss konsequent verfolgt und unterbunden werden.

Darüber hinaus braucht es eine standardisierte Erfassung rassistischer Verdachtsfälle durch Polizeibeschäftigte in Baden-Württemberg, um diskriminierende Strukturen sichtbar zu machen und gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung entwickeln zu können.

Zudem müssen gesetzliche Grundlagen und Dienstvorschriften, die rassistisches Handeln der Polizei ermöglichen und fördern, wie die verdachtsunabhängige Kontrollnorm oder die Residenzpflicht evaluiert und abgeschafft werden.

Unterstützer*innen

Richard Langer, Finn Schwarz, Antonia Kind , Miriam Kovacevic

A7 Aufschlag fu?r eine TINA*-Strategie fu?r die Gru?ne Jugend Baden-Wu?rttemberg

Antragsteller*in: Landesvorstand der Grünen Jugend Baden-Württemberg
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge

Antragstext

Aufschlag für eine TINA*-Strategie für die Grüne Jugend Baden-Württemberg

Trans*- und Interfeindlichkeit bleibt weiterhin ein großes Problem in unserer Gesellschaft. Trotz verbesserter rechtlicher Anerkennung sehen sich viele TINA* Personen mit Diskriminierungen, Vorurteilen und strukturellen Benachteiligungen konfrontiert. Auch in politischen und medialen Debatten erfahren TINA* Personen Gewalt. Ebenso treffen sie in medizinischen Umfeldern auf Unverständnis bis konkret ablehnendes Verhalten des behandelnden medizinischen Personals. In Statistiken werden TINA*-Personen kaum erfasst.

Dabei steht TINA* für trans*, inter, non-binär und/oder agender Personen, sowie alle Menschen, die sich nicht mit, bzw. in den gesellschaftlichen Kategorien weiblich oder männlich identifizieren.

Von Trans*- und interfeindlichkeit sind auch die Strukturen der Grünen Jugend Baden-Württemberg nicht ausgenommen. Immer wieder kam es, etwa in der Bildungsarbeit oder der Veranstaltungsplanung, zu Situationen, in denen TINA*-Perspektiven nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Unser Anspruch als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg muss es sein, ein sicherer und inklusiver Raum zu sein. Fundament für dieses Ziel ist eine TINA*-Strategie für die GJBW. Daher verpflichtet sich die GJBW, die hier vorgeschlagenen Maßnahmen konsequent umzusetzen und ihre Wirksamkeit bei der nächsten Landesmitgliederversammlung im Oktober zu überprüfen.

1.

Zur besseren TINA* Arbeit soll der Landesvorstand Workshops zu TINA* - spezifischen Themen entwickeln. Diese Workshops sollen den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt, aber auch zur Fortbildung des Landesvorstandes genutzt werden. Die Workshops sollen sowohl Grundlagen (Untergruppen, Dysphorie/Euphorie, Diskriminierung,...) von TINA* Lebensrealitäten und weiterführende Themen (Geschichte, aktuelle Themen) bearbeiten. Die Workshops

sollen auch auf Antidiskriminierung in der Grünen Jugend Baden-Württemberg hinarbeiten.

2.

Externe Referent*innen werden im Voraus darauf hingewiesen, dass sie in ihren Workshops in einer Vorstellungsrunde nach den Pronomen der Teilnehmenden zu fragen und diese zu respektieren haben. TINA*-feindliche Aussagen werden nicht toleriert.

3.

Der regelmäßige Austausch zwischen der FINTA* und genderpolitischen Sprecherin der GJBW und TINA* Personen im Verband wird fortgesetzt.

4.

Der Landesvorstand soll nach einem Jahr die TINA* Arbeit evaluieren und gegebenenfalls weitere Maßnahmen in die Wege leiten.

5.

TINA* spezifische Themen sollen insbesondere, aber nicht nur, bei Angeboten für FINTA* Personen thematisiert werden. Auch weitere Intersektionen, wie beispielsweise die Perspektive von migrantisierten oder be_hinderten FINTA* und TINA* Personen sollen beachtet werden.

Antrag in einfacherer Sprache:

Menschen, die trans, inter, nicht-binär oder agender* sind (wir sagen dazu: TINA*), erleben in unserer Gesellschaft immer noch viel Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt. Auch in der Politik, in den Medien und bei Ärzt*innen passiert das. In vielen Statistiken kommen TINA*-Menschen gar nicht vor.

TINA* steht für:

trans*: Menschen, die sich nicht (nur) mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde.

inter: Menschen, die sowohl männliche als auch weibliche Geschlechtsmerkmale aufweisen.

nicht-binär: Menschen, die sich nicht (nur) als Mann oder Frau identifizieren und sich außerhalb der zweigeteilten (binären) Geschlechterordnung verstehen..

agender: Menschen, die sich gar keinem Geschlecht zugehörig fühlen.

Auch bei uns, der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg, gab es Situationen, in denen TINA*-Perspektiven übersehen wurden, zum Beispiel bei Veranstaltungen oder in der Bildungsarbeit. Das wollen wir ändern. Unser Ziel ist: Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg soll ein sicherer Ort für alle sein. Deswegen schlagen wir

vor:

1.

Der Landesvorstand entwickelt Workshops mit Infos über das Leben von TINA*-Personen. Diese Workshops sind für die Kreisverbände und den Landesvorstand selbst. Es geht um Grundlagen, Geschichte und aktuelle Themen.

2.

Menschen, die Workshops geben, müssen alle Teilnehmenden nach ihren Pronomen fragen (z. B. „sie“, „er“, „keine“). Diese Pronomen müssen respektiert werden. TINA*-feindliche Aussagen sind nicht erlaubt.

3.

Die FINTA* und genderpolitische Sprecherin im Landesvorstand bleibt im Kontakt mit TINA*-Personen in der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg. (FINTA*= Frauen, inter, nicht-binär, trans*, agender)

4.

Der Landesvorstand schaut bei der nächsten Landesmitgliederversammlung, ob die Maßnahmen umgesetzt wurden.

5.

TINA*-Themen sollen in Angeboten für FINTA*-Personen vorkommen. Dabei wollen wir auch an Menschen denken, die zusätzlich z. B. Rassismus oder Ableismus (Diskriminierung wegen einer Behinderung) erleben.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Merlin Seeling, Flora Wagner

A8 Starkes FSJ und FÖJ - Freiwilliges Engagement für Alle ermöglichen

Antragsteller*in: Paula Schecker (KV Freiburg)
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge

Antragstext

Das Wichtigste zuerst: Freiwilligendienste leisten einen sehr wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Egal ob das klassische Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), seine Erweiterungen wie das FSJ Kultur, FSJ Politik, FSJ Sport, FSJ Denkmalpflege oder das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ).

Sie alle geben jungen Menschen einen sehr vielfältigen Einblick in verschiedene Berufe und Bereiche. In ihrer Einsatzstelle und auf Pflichtseminaren erlernen die Teilnehmenden Verantwortung, organisatorische Skills ebenso wie Zusammenhalt, können neue Kontakte knüpfen und sich für ihren Freiwilligendienst politisch einsetzen, zum Beispiel als Vertreter*Innen ihrer Mitteilnehmenden.

Ein Freiwilligendienst ist für seine Teilnehmenden aus verschiedenen Gründen interessant: Manche wollen sich nach der Schule ausprobieren, weil sie sich noch orientieren, manche suchen nach Abwechslung nach einem abgeschlossenen Studium und die meisten wollen sich einfach gesellschaftlich engagieren. So vielfältig wie diese Gründe sollten auch die Teilnehmer*Innen sein.

Leider sind die meisten Freiwilligendienste immer noch mit erheblichen Hürden verbunden. Das liegt vor allem daran, dass es sich viele junge Leute einfach nicht leisten können.

In einem Freiwilligendienst arbeitet man meist Vollzeit, erhält dafür aber nur ein Taschengeld. Dessen Höhe unterscheidet sich von Träger zu Träger und der Art des Freiwilligendienstes wie FSJ oder FÖJ und führt so zu einer Intransparenz, die die Entscheidung für einen Freiwilligendienst zusätzlich erschwert.

Bei einem FÖJ in Baden-Württemberg erhält man zum Beispiel bei einer Einsatzstelle ohne Verpflegung und Wohnung monatlich ein Taschengeld von 225€, 11,10€ Verpflegungszuschuss für jeden Arbeitstag, und einen Wohnzuschuss von 282€. Bei einem FSJ bei den Johannitern bekommt man ein Taschengeld von 563€.

Bei den aktuellen Lebenshaltungskosten und Mietpreisen reicht dies kaum für ein

eigenes WG-Zimmer oder gar eine eigene Wohnung aus. Junge Menschen, die einen Freiwilligendienst anstreben, sind so vielfach darauf angewiesen, noch in ihrem Elternhaus zu bleiben oder zusätzliche finanzielle Unterstützung zu erhalten. Dies schränkt den Zugang zu Freiwilligendiensten so meist auf Personen ein, die diese Privilegien genießen.

Ein weiteres Problem ist, dass vor allem Einsatzstellen von Freiwilligendiensten von Sparmaßnahmen betroffen sind, obwohl sie einen wichtigen gesellschaftlichen Mehrwert haben. FSJs zum Beispiel unterstützen ohnehin schon chronisch unterbesetzte soziale Berufe und FÖJs leisten einen wichtigen Beitrag zu Umweltschutz und Umweltbildung.

Diese Kürzungen kommen in einer Zeit, in der viele Politiker*innen fordern, verpflichtende Dienste wieder einzuführen. Diese wären jedoch mit einem erheblichen Kostenaufwand von bis zu 15 Milliarden € pro Jahr verbunden (Quelle: Johanniter). Gleichzeitig übersteigt die Nachfrage nach Freiwilligendiensten laut DBJR und DRK konstant das Angebot an verfügbaren Stellen. Wir haben also aktuell die Situation, dass es willige junge Menschen gibt, die jedoch nicht aktiv werden können, weil es im, für den Staat günstigeren, Freiwilligendienst an Stellen mangelt. Dabei stellt es für die Träger eine besondere Herausforderung dar, dass Freiwilligendienste sich nicht wie die staatlichen Haushalte am Kalenderjahr, sondern meist an den Schulabschluss, bzw. Ausbildungs- / Studienstartzeiten orientieren. Wir wollen deswegen einen Rechtsanspruch für einen Freiwilligendienstplatz für Jugendliche und junge Erwachsene. Dafür braucht es die notwendige langfristige Finanzierung der Plätze. Für einen einjährigen Freiwilligendienst sind somit die Haushaltsmittel von zwei Kalenderjahren relevant. Um hier für Planungssicherheit bei den Trägern zu sorgen, fordern wir die Gewährleistung einer verbindlichen mittelfristigen Finanzplanung für Freiwilligendienste von mindestens zwei Jahren.

Um auch die Nachfrage nach Freiwilligendiensten zu steigern, fordern wir außerdem Investitionen in Werbemaßnahmen. Insbesondere der Mangel an Informationen steht dem Antritt eines Dienstes häufig entgegen. Für Studium und Ausbildung als Möglichkeit nach dem Schulabschluss wird durch Kampagnen wie "das Handwerk" investiert und auch bei der Bundeswehr fließt seit Jahren viel Geld in Werbekampagnen wie digitale Werbung oder an Orten wie der Gamescom. Um die Freiwilligendienste zu stärken, ist auch hier ein stärkeres Engagement erforderlich.

Um einen Einblick in potentielle Berufswege zu bekommen, fordern wir wie bereits im Aktionsplan "Mut zur Jugend" erwähnt, die Einführung eines FSJ Handwerks, wo junge Leute Handwerksberufe ungebunden ausprobieren können. Als niederschwelliges Format könnte dies auch dem Nachwuchsmangel im Handwerk entgegenwirken.

67 Gerade in den aktuellen Zeiten des Militarismus und der Aufrüstung ist
68 gesellschaftliches Engagement wichtig und notwendig. Dieses soll, so sind wir
69 uns als Grüne Jugend einig, auf jeden Fall freiwillig bleiben.

70 Wir als Grüne Jugend Baden-Württemberg fordern:

- 71 1. Einen höheren Wohnzuschuss der an die örtlichen Mietpreise angepasst wird,
72 beispielsweise mit Hilfsmitteln wie dem örtlichen Mietspiegel,
- 73 2. eine stärkere Transparenz über die Höhe von Taschengeldern, welche in einem
74 zweiten Schritt entsprechend erhöht werden müssen,
- 75 3. eine verbindliche mittelfristige Finanzplanung zur Gewährleistung von
76 Planungssicherheit,
- 77 4. die Schaffung eines FSJ Handwerks sowie
- 78 5. eine deutlich stärkere Bewerbung von Freiwilligendiensten.

Unterstützer*innen

Pauline Valentin, Lukas Möcklin , Thomas Zhou, Daniel Halfmann

A9 Bekenntnis zum Verbrenner-Aus

Antragsteller*in: Wendelin Cohnen (KV Heidelberg)
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg bekennt sich kompromisslos zum Verbrenner-Aus
2 im Bereich der Individualmobilität. Die Einhaltung der Pariser Klimaziele ist
3 nicht verhandelbar – sie ist eine Frage des Überlebens. Besonders im
4 Verkehrssektor versagen die bisherigen Maßnahmen auf ganzer Linie. Während
5 deutsche Politik versucht zweigleisig zu fahren, dominieren außereuropäische
6 Firmen mehr und mehr sämtliche Bereiche der Elektromobilität. Deutsche
7 Automobilhersteller warten auf Planungssicherheit, die ihnen von der Politik
8 verwehrt bleibt. Jahr für Jahr steigt die Menge an Treibhausgasen in der
9 Atmosphäre und unser Planet erwärmt sich schneller und schneller, während die
10 Bundesregierung und Industrie wertvolle Zeit vergeuden. Für ernsthaften
11 Klimaschutz, der essentiell für das Fortbestehen des Wohlstandes und unserer
12 Lebensgrundlage ist, muss die Bundesregierung klar handeln und eine notwendige,
13 planbare Entscheidungsgrundlage für die Industrie schaffen. Klimaschutz muss auf
14 Ebene sämtlicher Sektoren gedacht werden, der Verkehrssektor darf nicht wieder
15 zum politischen Tabu werden, das die Rückstände in E-Auto und
16 Batterietechnologien verursacht hat.

17 Mobilität ist ein Grundrecht – kein Privileg. Sie muss für alle Menschen
18 zugänglich sein, unabhängig von Einkommen, Herkunft, Geschlecht, Alter oder
19 Behinderung. Eine gerechte und inklusive Mobilität kann nur funktionieren, wenn
20 sie als öffentliche Daseinsvorsorge organisiert ist. Das heißt: massiver Ausbau
21 des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, bezahlbare Tickets, dichte Takte,
22 Barrierefreiheit und gute Arbeitsbedingungen für Beschäftigte. Es braucht einen
23 starken, verlässlichen und solidarisch finanzierten ÖPNV statt endloser
24 Subventionen für den motorisierten Individualverkehr. Nur so schaffen wir echte
25 Mobilität für alle – und nicht nur für diejenigen, die sich ein Auto leisten
26 können.

27 Die Grüne Jugend bekennt sich klar zum von der EU beschlossenen Verbrenner-Aus
28 ab 2035 und unterstützt die weitergehende Forderung des Umweltbundesamts, den
29 Ausstieg bereits 2032 umzusetzen. Denn Fakt ist: Die derzeitigen Maßnahmen
30 reichen nicht ansatzweise aus, um die Ziele des Klimaschutzgesetzes einzuhalten.
31 Statt über die Abschwächung oder gar Abschaffung geplanter Klimaschutzmaßnahmen
32 zu diskutieren, braucht es endlich eine Politik, die den Mut hat, konsequent zu

33 handeln.

34 Ein Aufweichen des Verbrenner-Aus wäre ein fatales Signal – an die Industrie, an
35 die Gesellschaft und an alle, die seit Jahren für Klimagerechtigkeit kämpfen. Es
36 würde die Klimaziele endgültig kippen, Emissionen im Verkehr weiter explodieren
37 lassen und die dringend notwendige Transformation der Wirtschaft blockieren. Wer
38 heute am Verbrenner festhält, verteidigt eine zerstörerische Vergangenheit und
39 gefährdet die Zukunft unserer Generation.

40 Klimaschutz darf dabei niemals auf dem Rücken der Menschen oder der
41 Beschäftigten ausgetragen werden. Eine gerechte Verkehrswende heißt, die
42 Perspektiven der Arbeitnehmer*innen in der Automobil- und Zulieferindustrie
43 mitzudenken. Sie brauchen Sicherheit im Wandel – durch faire Übergänge,
44 tariflich abgesicherte Weiterbildungen, öffentliche Investitionen in neue
45 klimaneutrale Industrien und gute, zukunftsfähige Arbeitsplätze. Diese
46 Arbeitsplätze können nur nachhaltig in Baden-Württemberg gehalten werden, wenn
47 die Industrie sich auf den Wandel einstellt. Wer das Verbrenner-Aus in Frage
48 stellt, gefährdet nicht nur das Klima, sondern auch hunderttausende Existenzen,
49 die von einer sozial abgesicherten Transformation abhängen. Wir stehen an der
50 Seite der Beschäftigten – für Klimaschutz und gute Arbeit.

51 Deshalb fordern wir, das Verbrenner-Aus spätestens 2035 beizubehalten und, wenn
52 möglich, auf 2032 vorzuziehen. Gleichzeitig braucht es ein umfassendes
53 Sofortprogramm für klimafreundliche Mobilität: den massiven Ausbau des ÖPNV,
54 eine gerechte Förderung von E-Mobilität, Investitionen in Ladeinfrastruktur und
55 die Abschaffung fossiler Subventionen. Klimaschutz darf nicht weiter
56 aufgeschoben oder verwässert werden – wir brauchen jetzt entschlossenes Handeln,
57 soziale Verantwortung und klimapolitischen Mut. Die Verkehrswende muss kommen –
58 gerecht, ökologisch und unumkehrbar.

Unterstützer*innen

Wendelin Breuer (KV Heidelberg), Matilda Ahrendt (KV Heidelberg), Stella Hnilica (KV
Heidelberg), Raphael Thang Uddin, Flora Wagner

A10 Zu jeder Zeit: Einstehen für Menschlichkeit

Antragsteller*in: Wendelin Cohnen (KV Heidelberg)
Tagesordnungspunkt: 9 V-Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 In den Sozialwissenschaften ist mittlerweile breit belegt, dass das Übernehmen
2 rechter Narrative durch Akteur*innen anderer politischer Spektren nicht zur
3 Schwächung, sondern zur Legitimierung rechter Positionen führt. Studien zeigen,
4 dass die Verschiebung des Sagbaren („Overton Window“) dazu beiträgt,
5 diskriminierende und rassistische Denkmuster in der Gesellschaft zu
6 normalisieren. Symbole und Narrative, die ursprünglich von rechten Parteien
7 gesetzt wurden, zu kommunizieren hilft also nie, rechte Politik zu schwächen,
8 sondern legitimiert diese.

9 Als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg, dürfen wir solchen Dynamiken keinen Raum
10 geben. Rassistische oder diskriminierende Äußerungen – ob offen oder in
11 codierter Form – widersprechen unseren Grundsätzen und müssen innerhalb wie
12 außerhalb des Verbandes entschieden zurückgewiesen werden.

13 Wir verstehen uns als antirassistische Organisation und verfolgen innerhalb
14 unseres Verbandes eine antirassistische Strategie. Wir sollten dies auch klar
15 und jederzeit nach außen vertreten. Dazu gehört, dass wir uns öffentlich und
16 deutlich positionieren, wenn Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, Parteien
17 oder anderer Organisationen rassistische Aussagen tätigen oder Narrative
18 bedienen, die zu einer xenophoben Stimmung in der Gesellschaft beitragen –
19 gerade dann, wenn wir mit diesen Akteur*innen in anderen Bereichen
20 zusammenarbeiten. Ein taktisches Schweigen aus Rücksicht auf politische
21 Bündnisse schwächt langfristig unsere Glaubwürdigkeit und den
22 gesamtgesellschaftlichen Wert des Antirassismus. Wir dürfen nicht zulassen, dass
23 rechte oder rassistische Positionen durch vermeintlich neutrale Anpassung an
24 Diskurse weiter an Boden gewinnen.

25 Wir stehen solidarisch an der Seite derjenigen, die von Rassismus betroffen
26 sind. Wir treten jeder Form von Diskriminierung entschieden entgegen – innerhalb
27 und außerhalb unserer Strukturen. Antirassismus ist kein Randthema, sondern
28 fundamentaler Bestandteil linker Politik und Grundlage einer solidarischen
29 Gesellschaft. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg äußert sich klar kritisch

30 gegenüber allen Politiker*innen und Institutionen, die rechte Narrative bedienen
31 – unabhängig davon, ob diese der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg nahe stehen,
32 oder nicht.

33 Wir sind AntiRa – jederzeit und entschieden, nach innen wie nach außen.

Unterstützer*innen

Raphael Thang Uddin, Matilda Antonia Ahrendt

L1 Leitantrag - Platz da! Wohnen für Alle

Antragsteller*in: Landesvorstand GJBW
Tagesordnungspunkt: 8 Leitantrag

Antragstext

Platz da! Wohnen für Alle

Wohnungs- und Mietenpolitik ist zur zentralen Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit geworden. Während Superreiche ihr Vermögen in Immobilienfonds anlegen, können sich immer mehr Menschen keine Wohnung leisten und leben auf viel zu engem Raum. Selbst ein guter Tariflohn hilft wenig, wenn heute durchschnittlich 28 Prozent – in einkommensschwachen Haushalten sogar mehr als ein Drittel – des Einkommens für die Miete aufgewendet werden müssen. So sind immer mehr Menschen auf staatliche Unterstützung wie Wohngeld angewiesen, mit dem der Staat am Ende die Rendite von Immobilienfonds und deren Aktionär*innen mitfinanziert.

Diesen Zustand wollen wir nicht länger hinnehmen. Wir kämpfen für genug bezahlbaren Wohnraum für alle. Es ist möglich in unserem reichen Land dafür zu sorgen, dass jede*r sich von seinem*ihrem Gehalt eine angemessene Wohnung leisten kann. Dafür brauchen wir endlich wirksame Instrumente gegen Mietwucher und Spekulation mit Wohnraum. Wir müssen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und Wohnraum endlich gerecht verteilen.

Gemeinwohl vor Profit – Wohnen ist ein Grundrecht!

Wohnen ist ein Grundrecht! Ein sicherer Schlafplatz, ein fester Wohn- und Lebensort sollte jedem Menschen in unserem Land unabhängig von Vermögen und Einkommen zur Verfügung stehen. Angesichts der extremen Mieten, die gerade für junge Menschen im Bafög oder mit Einstiegs- und Azubigehältern untragbar werden, müssen wir anerkennen: Auch in Baden-Württemberg bietet der profitgetriebene Wohnungsmarkt keine angemessene Antwort auf dieses Grundrecht.

Wir brauchen deswegen einen stärkeren Fokus auf gemeinnützigen und noch besser kommunalen oder landeseigenen Wohnraum. Statt großer Immobilienkonzerne wollen wir starke kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Statt Wohnraum als Geldanlage wollen wir mehr Wohnungen in öffentlicher Hand und Bürger*innengenossenschaften sowie Wohnprojekte.

Landeseigene Wohnungsbaugesellschaft wiedereinführen

Wir fordern die Wiedereinführung einer gemeinnützigen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft. So können wir landesweit gezielt günstigen Wohnraum schaffen und für mehr Wohnungen mit dauerhafter Sozialbindung sorgen. Eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft soll dabei kommunale Wohnungsbaugesellschaften ergänzen, nicht ersetzen und einerseits in Gebieten tätig werden, wo keine kommunalen Wohnungsbaugesellschaften existieren oder sie keinen Wohnraum schaffen können - vor allem im ländlichen Raum - , sowie andererseits eigene Schwerpunkte setzen, etwa durch den Bau von Wohnraum für Studierende, Azubis, Fachkräfte oder eigene Angestellte auf landeseigenen Grundstücken. Uns ist bewusst, dass die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft keine kurzfristigen Maßnahmen ersetzt, die notwendig sind, um die für viele Menschen jetzt schon zu hohen Mieten schnellstmöglich zu senken. Mit der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft wollen wir langfristig bezahlbaren Wohnraum in Baden-Württemberg schaffen.

Gleichzeitig braucht es eine massive finanzielle Stärkung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und eine Vereinfachung der Förderung. Mit gezielten Eigenkapitalerhöhungen für gemeinwohlorientierte kommunale Wohnungsbaugesellschaften, die sich im Gegenzug zu hohen Sozialwohnungsquoten verpflichten, erhöhen wir den Handlungsspielraum und die Kapazitäten der kommunalen Unternehmen.

Diese Maßnahmen sollen den Marktanteil gemeinwohlorientierter Wohnungsbaugesellschaften erhöhen. Konkret soll sich das Land das Ziel setzen, den Anteil von Wohnungen in der Hand öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften und gemeinwohlorientierter Wohnungsbaugenossenschaften bis 2030 auf 20 Prozent der Wohnungen in Baden-Württemberg zu erhöhen.

Ergänzend zu staatlichen Wohnungsgesellschaften sollen genossenschaftliche und selbstverwaltete Wohnformen gezielt gestärkt werden. Diese Projekte fördern Eigenverantwortung, Mitbestimmung und soziale Durchmischung, schaffen langfristig stabile und bezahlbare Strukturen und tragen zu lebendigen Quartieren mit aktiver Nachbarschaft bei. Um ihre Umsetzung zu erleichtern, soll das Land ein eigenes Förderprogramm für genossenschaftliche und selbstverwaltete Wohnprojekte auflegen oder innerhalb bestehender Programme sicherstellen, dass auch kleinere, gemeinschaftlich organisierte Initiativen leichter Zugang zu Fördermitteln erhalten und nicht in Konkurrenz zu großen Investor*innenprojekten benachteiligt werden. Darüber hinaus soll das Land über die L-Bank spezielle Zins- und Bürgschaftsprogramme bereitstellen und dafür sorgen, dass Modelle wie das des Mietshäuser-Syndikats sowie klassische Genossenschaften dort stärker bekannt, verstanden und aktiv unterstützt werden.

Sozialwohnungen massiv ausbauen

Immer mehr Menschen sind auf geförderte Sozialwohnungen angewiesen, um sich ein Zuhause leisten zu können. In einigen Städten liegt der Anteil mittlerweile bei über 50% der Stadtbevölkerung mit Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein. Dennoch nimmt der Anteil der Sozialwohnungen seit Jahren ab. So ist der Anteil der Sozialwohnungen in Baden-Württemberg auf gerade einmal 1% aller Wohnungen gesunken.

Wir fordern daher einen jährlichen Zubau von mindestens 14.000 neuen Sozialwohnungen pro Jahr im Land, damit wir bis 2030 einen Anteil an Sozialwohnungen von 3% Prozent erreichen können. Wohnraum mit möglichst langer Sozialbindung soll dabei vom Land begünstigt und aktiv unterstützt werden, um den Rückgang von Sozialwohnungen wirksam zu bekämpfen. Sozialwohnungen mit langfristiger Sozialbindung sind aktuell die wirksamste Möglichkeit, auch ärmeren Menschen in Großstädten eine sichere Wohnung zu garantieren.

Mietwucher bekämpfen

Seit Jahren steigen die Mietpreise auch in Baden-Württemberg immer weiter an. Neben der Förderung von günstigem Wohnraum müssen wir überhöhten Mieten endlich einen Riegel vorschieben. Es kann nicht sein, dass einkommensschwache Haushalte mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen.

Mietpreisbremse verschärfen

Deswegen brauchen wir jetzt eine Verschärfung der Mietpreisbremse. Die Mietpreisbremse ist ein erprobtes Instrument, das auch bei uns im Land zu einer gewissen Entspannung auf dem Mietmarkt beigetragen hat. Jedoch hat es die Mietpreisbremse in ihrer heutigen Form nicht geschafft, nachhaltig für eine ausreichende Begrenzung der Mietpreise zu sorgen. Bis heute lässt sie sich mit einfachen Tricks wie Teilmöblierungen umgehen.

Daher fordern wir die Landesregierung auf, sich mit einer Bundesratsinitiative für eine Verschärfung der Mietpreisbremse einzusetzen. Auch landespolitisch sehen wir weitere Handlungsfelder für eine stärkere Mietpreisbremse. So müssen die Kriterien für die Einsetzung der Mietpreisbremse überarbeitet werden, damit die Mietpreisbremse ausgeweitet werden kann und für mehr Mieter*innen gilt. Eine Abschwächung der Kriterien, die zum Ende der Mietpreisbremse in angespannten Wohnungsmärkten wie Konstanz und Mannheim führt, lehnen wir ab. Gleichzeitig kann die Mietpreisbremse nur wirken, wenn Mietpreisüberhöhung konsequent verfolgt wird. Zu häufig kommen Vermieter*innen mit Mietwucher davon, ohne sanktioniert zu werden. Das Land muss die Kommunen daher bei der Mietpreisüberwachung stärker unterstützen und Kommunen im Umgang mit überhöhten Mieten stärken.

Mietendeckel

Weiterhin sehen wir die Mietpreisbremse aber nicht als das Instrument, mit dem überhöhte Mieten ausreichend zurückgedrängt werden können. Deswegen muss das Land einen landesweiten Mietendeckel prüfen, um so ungerechtfertigt hohe Mieten zu verhindern. Mit einem Mietendeckel hätte das Land ein wirksames Instrument, um dauerhaft günstigen Wohnraum zu sichern. Die rechtliche Umsetzbarkeit in Baden-Württemberg muss dafür umgehend geprüft werden. So soll ein wirksamer Mietendeckel für Baden-Württemberg entwickelt werden, um den Mietmarkt rechtssicher und nachhaltig zu entlasten.

Junges Wohnen fördern

Von Mietwucher und unbezahlbaren Wohnungen sind besonders junge Menschen, Auszubildende und Studierende betroffen. Überhöhte Mieten sorgen für eine Einschränkung der freien Ausbildungswahl, gerade für junge Menschen, die nicht mehr bei ihren Eltern leben können und junge Menschen aus ländlichen Räumen. Daher braucht es eine landesweite Strategie gegen junge Wohnungslosigkeit. Bestehende Förderprogramme müssen wirksamer genutzt werden, beispielsweise durch die Aufstockung des Förderprogramms "Junges Wohnen" auf Sanierungen. Auch der Sanierungsstau von heruntergekommenen und maroden Wohnheimen muss dabei in Angriff genommen werden, dafür soll die Förderung in Zukunft auch Anwendung finden, wenn es um Sanierung und nicht nur den Zubau von Wohnungen geht.

Wir fordern, dass insbesondere die Wohnsituation von Auszubildenden stärker in den Blick genommen wird. Zu häufig können junge Menschen ihre Ausbildung nicht antreten, weil eine bezahlbare Wohnung am Ausbildungsort fehlt. Die Förderungen für Azubi-Wohnen und Werkwohnungen müssen daher finanziell besser und langfristig ausgestattet werden. Dafür braucht es einen eigenen Fördertopf mit separater Förderrichtlinie, am Beispiel des Studierendenwohnens. Die verfügbaren Mittel müssen bekannter gemacht und stärker an Unternehmen herangetragen werden.

Gleichzeitig braucht es eine Aufstockung der Fördermittel für Azubi- und Studierendenwohnheime. Gerade Studierendenwohnheime in Baden-Württemberg sind massiv überlastet. Bewerbungszeiträume von 6 Monaten sind hier die Regel und das mangelnde Angebot zwingt viele Studierende, weiter Zuhause zu wohnen oder in viel zu kleinen Zimmern und Wohnungen an der Grenze des Zumutbaren zu wohnen. Daher fordern wir die Zielsetzung, bis 2030 30% der Studierenden in Baden-Württemberg einen Wohnheimplatz anbieten zu können.

Leerstand bekämpfen - Wohnraum schaffen

Die Antwort auf die wachsende Wohnungsnot im Land kann nicht alleine Bauen, Bauen, Bauen samt Flächenfraß sein. Vor allem brauchen wir eine gerechte

Verteilung des Wohnraums im Land und Leerstände müssen endlich entschieden bekämpft werden.

Daher fordern wir, das Zweckentfremdungsverbot wieder komplett in Landeshand zu überführen und wirksame Sanktionierungen für Zweckentfremdungen festzulegen. Es kann nicht sein, dass wichtiger Wohnraum leer steht oder als Airbnb genutzt wird, während Menschen in der gleichen Stadt keine Wohnung finden. So wollen wir Fehlnutzungen entschieden entgegentreten und spekulativen Wohnraumleerstand verhindern.

Gleichzeitig soll die Rückführung von Leerstand in den Mietmarkt vorangetrieben werden. Die Wiedervermietungsprämie soll daher ausgeweitet und vereinfacht werden. Kommunen mit einer Landeskoordinierungsstelle zur Bekämpfung von Leerstand bei Wiedervermietungsprojekten unterstützt werden.

Ebenso muss die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen strenger reguliert und langfristiger festgeschrieben werden, um Mieter*innen besser zu schützen. Konkret soll die Kündigungssperrfrist bei Umwandlungen auf zehn Jahre verlängert werden. Um die genannten Punkte konsequent umzusetzen, muss ein Vermieter*innenführerschein nach Vorbild der Grünen Berlin eingeführt werden.

Mieten runter in the LÄND

Günstigen Wohnraum zu schaffen, ist keine Aufgabe, die sich auf den Bund und die Kommunen beschränkt. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie wirksame Maßnahmen ergreift, um dieses Problem zu bekämpfen. Die Grünen im Land haben die Aufgabe, auf diese Gerechtigkeitsfrage eine ehrliche Antwort zu geben.

Deswegen kämpfen wir mit Bewegungen, Organisationen auf der Straße, aber auch im kommenden Landtagswahlkampf, im Wahlprogramm der Grünen für gerechte Mietenpolitik.

Unterstützer*innen

Theresa Fidusek, Daniel Halfmann, Lisa Kreitmeier, Leander von Detten, Katharina Mohrmann, Tim Bühler, Pauline Valentin

V1 Wahl eines Votums für den Parteirat von Bündnis90 / Die Grünen Baden-Württemberg

Antragsteller*in: Landesvorstand der Grünen Jugend Baden-Württemberg

Tagesordnungspunkt: 0.1. V-Antrag Wahl eines Votums für den Parteirat von Bündnis90 / Die Grünen Baden-Württemberg

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg vergibt für die nächste anstehende Wahl zum
2 Parteirat von BÜNDNIS 90/Die Grünen ein Votum an ein Mitglied der Grünen Jugend.
3 Dieses Votum wird durch die Landesmitgliederversammlung in Winterbach vom 24.bis
4 26. Oktober 2025 nach der geltenden Satzung und Statuten vergeben und steht für
5 die Unterstützung des entsprechenden Mitglieds durch die GRÜNEN JUGEND Baden-
6 Württemberg bei der Wahl des Parteirats auf der Landesdelegiertenkonferenz von
7 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Baden-Württemberg im Dezember 2025.

Begründung

erfolgt mündlich